

Nur eine freie Schulwahl ist wirklich sozial

Basellandschaftliche Zeitung
22. Juni 2007



ANET SPENGLER NEFF

Viel wird bereits diskutiert über die kantonale Verfassungsinitiative im Baselbiet «Ja, Bildungsvielfalt für alle», die voraussichtlich in einem Jahr zur Abstimmung kommen wird (bz vom 20. Juni) – und das ist gut so. Es fällt auf, dass befürwortende Voten vor allem aus den Kreisen der SVP kommen und ablehnende mehrheitlich von der politisch linken Seite. Ich bin selber Mitglied der SP und arbeite im Initiativkomitee dieser Initiative für eine freie Schulwahl mit. Und ich werde manchmal gefragt, warum ich

DIE AUTORIN

Anet Spengler Neff sitzt für die SP in der Gemeindekommission Arlesheim, hat eine schulpflichtige Tochter und arbeitet als Agronomin im Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL).

als SP-Frau diese Initiative unterstütze, da sie doch die öffentlichen Schulen schwäche, die zu den wichtigsten sozialen Errungenschaften unserer Gesellschaft gehören.

ICH UNTERSTÜTZE diese Initiative, weil ich möchte, dass die Schulbildung in der Schweiz noch sozialer wird; dass alle Eltern sich überlegen und auswählen können, welcher Schultyp für ihre Kinder am besten passt – nicht nur diejenigen mit einem hohen Einkommen. Die freie Schulwahl wird nicht die öffentlichen Schulen schwächen, sondern sie wird sie stärken, da sie selber die Möglichkeit haben werden, sich eigene pädagogische und strukturelle Profile, eigene Lehrpläne aufzubauen und vielleicht lang gehegte Visionen endlich zu verwirklichen, und auch weil die Eltern sich mehr mit der Schule auseinandersetzen werden. Wenn diese Initiative angenommen

wird, gibt es ein viel grösseres Angebot an öffentlichen, allen zugänglichen Schulen. Es wird vielfältiger und bunter und entspricht damit besser der Vielfalt des Lebens und der Kinder als heute.

Meine Vision ist, dass alle Schulen staatliche Schulen sein werden: Sie halten die staatlich festgelegten Rahmenbedingungen ein (etwa Lernziele, die am Ende der Schulzeit erreicht werden müssen), und sie werden staatlich finanziert, aber die Lehrpläne machen sie selbst, und die Lehr- und Lernmethoden wählen sie auch selbst. Es wird nicht mehr die Aufgabe des Staates sein, Einheitslehrpläne festzulegen, sondern vielfältige Bildung zu ermöglichen, zu tragen und auch ein Stück weit zu kontrollieren.

WENN WIR IM NÄCHSTEN JAHR der Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» zustimmen, sind wir dieser Vision schon ganz nahe. Nur solche Schulen,

die aus irgendwelchen Gründen Schülerinnen und Schüler ausschliessen, sind dann noch von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen, und das ist auch richtig so. Ganz so gewagt ist dieser Schritt gar nicht; wir sind ja nicht die ersten, die ihn machen werden: In den mehrheitlich sozialistisch regierten nordeuropäischen Ländern ist das Schulsystem zum Teil seit 150 Jahren bereits so aufgebaut und hat zu den bekannten grossen Erfolgen geführt (Pisa-Spitze). Ich vermute, dass wir es alle in 20 Jahren seltsam finden werden, dass sich einmal so viele gescheite Leute gegen dieses eigentlich nur logische, kreative und gerechte Bildungssystem gewehrt haben. Die Argumentation der GegnerInnen kommt mir ähnlich vor wie jene der Gegner des Frauenstimmrechtes vor 50 Jahren: Man konnte sich das damals nicht vorstellen, und heute ist es schwer vorstellbar, dass es einmal anders war.